

Newsletter der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Leserinnen und Leser des Newsletters!

Mit dem Newsletter wollen wir die Parteimitglieder, aber auch die gesamte interessierte Öffentlichkeit einmal monatlich über die Themen der SPD-Fraktion informieren. Am Tag nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erläutern wir kurz, wie wir uns positioniert haben und mit welchen Vorhaben wir uns befassen. Gerade in der gestrigen Sitzung der SVV ist es der SPD-Fraktion durch ihr fachlich fundiertes und geschlossenes Auftreten gelungen, die politische Agenda der Stadt maßgeblich zu beeinflussen. Dafür danke ich den Mitgliedern unserer Fraktion an dieser Stelle herzlich.

Wir senden diese Informationen an alle, die bereits im Email-Verteiler der SPD registriert sind. Wir freuen uns aber über jeden weiteren Interessenten. Und wir freuen uns über jede neue Anregung, um unser Informationsnetz weiter zu verbessern oder auch um neue Themen aufzugreifen. Wir wünschen allen viel Spaß an der Stadtpolitik und viele neue Erkenntnisse!

Euer/ Ihr
Norbert Langerwisch



Norbert Langerwisch

Kreditrahmen der Stadt auf 150 Millionen Euro erhöht



Der Bürgermeister und Kämmerer Steffen Scheller beabsichtigt für 2011 den Kreditrahmen der Stadt Brandenburg an der Havel auf 140 Millionen Euro und ab 2012 auf 170 Millionen Euro zu erhöhen. Fraktionsübergreifend waren sich die Stadtverordneten darüber einig, dass ein „Blankoscheck“ für 2012 mit der Erhöhung auf 170 Mio € nicht ausgestellt werden wird, bevor nicht der Haushalt für 2012 vorliegt und der Haushalt diskutiert worden ist.

Für die SPD-Fraktion war von Anfang an klar, dass die Zahlungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel gewährleistet werden muss.

In seinen Darlegungen stellte Bürgermeister Scheller klar, dass die Stadtkasse prognostiziert, dass Ende Dezember 2011 Zahlungen in Höhe von 137,6 Mio € und Ende Januar 2012 146,1 Mio € fällig werden.

Um die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten, um für Vereine und Verbände zu gewährleisten, dass sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können und um weitere Unsicherheiten, die durch eine erneute Diskussion im Dezember 2011 ausgelöst worden wären zu verhindern, schlug die SPD Fraktion vor, den Kreditrahmen auf insgesamt 150 Mio € zu erhöhen.

Die anwesenden Stadtverordneten stimmten diesem Vorschlag bei 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen der Linken zu.

Ralf Holzschuher hatte für die SPD-Fraktion vorher klar und deutlich ausgeführt, dass es eine äußerst ungewöhnliche Situation sei, dass bei einem nicht vorliegenden Haushalt für 2011 ein solcher Beschluss gefasst werden muss. Dringend notwendig sei es jetzt den Haushalt für 2012 zu bekommen, um darüber diskutieren zu können, wie es in der Finanzpolitik der Stadt weiter gehen soll.

Bürgermeister Scheller sagte zu, dass der Haushalt für 2012 in der SVV im Monat Dezember 2011 mit allen notwendigen Dokumenten (dazu gehört auch ein Haushaltssicherungskonzept) eingebracht wird.

Nicole Näther

Gemeindehaus oder Feuerwehr? – öffentliche Räume in Gollwitz



Die Stadtverwaltung bereitete zur letzten SVV einen Beschlussvorschlag vor, der die Aufhebung des Beschlusses des Ortsbeirates von Gollwitz vom 12.09.11 zur weiteren öffentlichen Nutzung des Gollwitzer Gemeindehauses vorsieht. Für den Gollwitzer Ortsbeirat ist das Gemeindehaus in der Schlossallee 98 für die ehrenamtliche Tätigkeit unverzichtbar. Es bestehen keine weiteren öffentlichen Einrichtungen.

Die Stadt Brandenburg an der Havel verpflichtete sich 2003 in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag, die Interessen des Ortsteils Gollwitz, den dörflichen Charakter, das kulturelle und gesellschaftliche Leben des Ortsteils zu wahren. Danach sollte das Gemeindehaus für öffentliche und private Veranstaltungen den Einwohnern, Vereinen und Einrichtungen des Ortsteils Gollwitz zur Verfügung stehen. Ferner wurde der Erhalt sowie die Förderung des Gemeindehauses als wichtige Angelegenheit der vertragsschließenden Gemeinden betrachtet.

Die Verwaltung regte nun an, dass der Ortsbeirat künftig in den Räumen des neu geplanten Feuerwehrgerätehauses in der Dorfmitte in der so genannten Ortsteilverwaltung die Sitzungen des Ortsbeirates durchführen könnte. Bisher war jedoch eine gemeinsame Nutzung der so genannten Ortsteilverwaltung im Gollwitzer Gemeindehaus nicht möglich. Auf Grund der neuen Situation wurde eine gemeinsame Nutzung diskutiert, aber nicht verbindlich zugesichert. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten dem Ortsbeirat jedoch, dass sich die Verwaltung auf Grund von mündlichen Zusagen oder Aussagen in Begründungen zum Beschlussantrag nicht unbedingt in der Pflicht sieht.

Grundsätzlich zeigte der Ortsbeirat Verständnis für das Ansinnen der Verwaltung vor dem Hintergrund der sparsamen Haushaltsführung. Dennoch waren verschiedene Aussagen der Verwaltungsvorlage widersprüchlich, wie z. B. die sehr hohen Sanierungskosten von insgesamt 138.000 €. Andererseits war z. B. die Rede von einem 80%igen Leerstand des Hauses, diese Aussage ist unkorrekt. Die Wohnung im Obergeschoss ist vermietet, im Erdgeschoss befindet sich die Ortsteilverwaltung (Außenstelle des

Einwohnermeldeamtes) und der Versammlungsraum des Ortsteils, lediglich der kleine Raum des Friseurgeschäftes steht leer.

Der Ortsbeirat schlug der SVV als Kompromiss vor, den Beschluss des Ortsbeirates aufzuheben, wobei die Verwaltung den jederzeitigen Zugang des Ortsbeirates Gollwitz zum Schulungsraum der Feuerwehr und für die Ortsteilverwaltung zu gewährleisten hat, dem folgten die Stadtverordneten mehrheitlich.

Udo Geiseler

VIELFALT der Bildungslandschaft sichern



Im Antrag 333/2011 erwarten die Einreicher, die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen – pro Kirchmöser und der CDU, dass sich die Stadtverordnetenversammlung gegenüber der Landesregierung Brandenburg klar für eine Sicherung der freien Schulen ausspricht. In der Begründung des Antrages heißt es u.a., freie Schulen „geben kreative Impulse, bündeln ehrenamtliches Engagement und sind durch ihre selbstbestimmten Strukturen beispielgebend für staatliche Schulen“.

Da der Antrag gestern erst eingebracht wurde, kann er in den Ausschüssen noch ausführlich diskutiert werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat damit die Chance, ein breites Bekenntnis der SVV zur Erhaltung der VIELFALT der Bildungslandschaft in der Stadt zu erarbeiten bzw. abzugeben.

Denn aus Sicht der SPD-Fraktion ist der Antrag höchst einseitig (auch wenn die Intention der Einreicher nachvollziehbar ist). Wir meinen, dass von staatlichen Schulen wie von freien Schulen „kreative Impulse“ kommen, dass auch Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen an staatlichen Schulen engagiert sind und dass an staatlichen Schulen ebenso „beispielgebend“ gearbeitet wird wie an freien. Wir müssen aufpassen, dass freie und staatliche Schulen in der Öffentlichkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Stattdessen sollte die Stadtverordnetenversammlung ein einmütiges Bekenntnis zum Erhalt der SCHULVIELFALT in der Stadt Brandenburg an der Havel abgeben. Auf solch ein Bekenntnis müssen wir gemeinsam hinarbeiten.

Deshalb haben wir für die Diskussion in den Ausschüssen vorgeschlagen, über folgende Aspekte zu beraten:

1. Wir sollten gemeinsam überlegen, welche Konsequenzen aus sinkenden Schülerzahlen gezogen werden können.
2. Es ist zu erfassen, was an welchen Schulen der Stadt „beispielgebend“ ist und es ist zu überlegen, wie wir diese positiven Dinge für ALLE Schulen der Stadt nutzbar machen können.
3. Wir müssen sichern, dass die Chancengleichheit im Bildungswesen für ALLE Schüler/innen gewahrt bleibt.

Da dieses Fragen sind, die nicht allein den Ausschuss für Bildung betreffen, beantragten wir, dass sich auch der Sozialausschuss und der Jugendhilfeausschuss mit dem Antrag befassen. Die SVV folgte diesem Anliegen mit einem breiten Votum.

Norbert Langerwisch

Buswendeschleife in Plaue-Gartenstadt wird gebaut



Die Buswendeschleife in Plaue – Gartenstadt wird nach einer mehrjährigen Diskussion endlich gebaut. Damit können die „Gartenstädter“ in Plaue endlich besser an den öffentlichen Personennahverkehr in unserer Stadt angebunden werden.

In der Stadtverordnetenversammlung am 26.10.2011 haben die Stadtverordneten fraktionsübergreifend beschlossen, dass jetzt gebaut werden soll.

Ein ursprünglich 2009 eingebrachter Antrag der SPD hatte eine solche Buswendeschleife schon einmal vorgesehen. Nach langer Diskussion wurde dann beschlossen unter Haushaltsvorbehalt zu prüfen, ob dort ein Kreisverkehr errichtet werden kann/ muss, weil es Vorbehalte gegen eine einfache Buswendeschleife gab. Der Hartnäckigkeit der Plauer Bürger mit ihrer Ortsvorsteherin an der Spitze und der unterstützenden SPD in der SVV ist es zu danken, dass dieses Thema nicht aus der SVV verschwunden ist.

Noch vor der Sommerpause der SVV unterstützte dann die CDU-Fraktion ihrerseits den Bau einer Buswendeschleife, so dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der SPD Fraktion endlich zugestimmt worden ist.

Kurz informiert

Bürgersprechstunde am 14. November 17.00 – 18.00 Uhr

Zur nächsten Bürgersprechstunde laden die Stadtverordneten **Renate Deschner** und **Carsten Eichmüller** am Montag, 14. November von 17.00 bis 18.00 Uhr ins Büro der Fraktion in der Kraukauer Straße 3 ein.